

Hans-Dietrich Genscher und das Ende der Détente

1. Zur Fragestellung¹

Das Jahr 1975 steht mit der Verabschiedung der KSZE-Schlussakte symbolisch für die Klimax der Entspannungspolitik zwischen Ost und West. Nach den Jahren der Vertragspolitik gelang es mit der »Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa«, einen multilateralen Rahmen für die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen den Blöcken zu schaffen. Wenige Tage vor Unterzeichnung der Schlussakte durch die 35 Teilnehmerstaaten formulierte Bundesaußenminister Genscher in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Juli 1975 die Vorstellung der sozial-liberalen Koalition vom Entspannungsprozess: »Entspannung ist nach westlichem Verständnis ein Prozess, der der Geschichte unterliegt, der den Status quo nicht auf ewig festschreibt, sondern dynamisch die Möglichkeit neuer Entwicklungen offenhält. Das schließt für uns sowohl die Möglichkeit der deutschen Einheit wie auch die der Vollendung der europäischen Einigung ein.«² Mit diesen Worten, die in den Folgejahren in immer wiederkehrenden Wendungen Eingang in den öffentlichen Diskurs finden sollten, umriss Genscher die Grundpfeiler seines außenpolitischen Denkens: zum einen die Politik gegenüber der DDR mit dem Ziel der Wiedervereinigung; zum zweiten die Politik für ein integriertes Europa als Grundlage einer konstruktiven Deutschlandpolitik, und zum dritten eine Politik der Entspannung gegenüber dem Osten als Beitrag zur Überwindung der deutschen und europäischen Teilung. Auf diesen drei Säulen ruhte gleichsam als Dach das Ziel der »europäischen Friedenssicherung«, während dem Atlantischen Bündnis die Funktion eines sicherheitspolitischen Fundaments zukommen sollte. Zugleich werden in dieser Zielsetzung politische Prinzipien sichtbar, die im historischen Liberalismus wurzeln: die Vorstellung vom Prozesscharakter der Geschichte, verbunden mit einem unerschütterlichen Fortschrittsoptimismus, Rationalismus und freie Kommunikation sowie die Verpflichtung auf Freiheit und Selbstbestimmung.³

1 Die folgenden Ausführungen stützen sich auf erste Ergebnisse meines Dissertationsprojekts.

2 Rede Genschers vor dem Deutschen Bundestag am 25.07.1975. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, hrsg. vom Deutschen Bundestag, 7. Wahlperiode, 183. Sitzung, Bd. 94, Bonn 1975, S.12799.

3 Vgl. dazu Andreas Wirsching: Hans-Dietrich Genscher. Liberale Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22 (2010), S.67-77.

Doch nur vier Jahre nach Helsinki befanden sich Deutschland, Europa und die Welt im sogenannten »zweiten Kalten Krieg«. Mit dem Niedergang der Entspannungspolitik und der Verschärfung der sicherheitspolitischen Auseinandersetzung mit dem Ostblock wurden dem außenpolitischen Konzept Genschers mehr und mehr Grenzen aufgewiesen. Innerhalb des westlichen Lagers dominierten in den politischen und öffentlichen Debatten je länger desto mehr die Fragen, wie mit den Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa umzugehen war, wie das Bedrohungspotential des Warschauer Paktes eingeschätzt werden sollte, und wie eine angemessene Reaktion auf die tektonischen Verschiebungen innerhalb des Ostblocks auszusehen hatte.

Diese Diskrepanz zwischen der auf Kontinuität bedachten Außenpolitik Genschers und dem sich wandelnden internationalen System ist Gegenstand meines Dissertationsprojekts. Um der Breite des Themas und des Untersuchungszeitraums Rechnung zu tragen und zugleich historiographische Tiefenbohrungen vornehmen zu können, wird der Verfall der Entspannungspolitik anhand ausgewählter Krisensituationen analysiert: In der KSZE-Nachfolgekonzferenz von Belgrad (1977/78) waren bereits erste Anzeichen einer Klimaverschlechterung in den internationalen Beziehungen deutlich zu erkennen und mit den Debatten um die Menschenrechte stand eines der zentralen Anliegen bundesdeutscher Außenpolitik im Fokus kontroverser Diskussionen. Zweitens wird mit dem NATO-Doppelbeschluss und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979 jene sicherheitspolitische Doppelkrise in den Blick genommen, die Zweifel an der Fortsetzung einer »realistischen Entspannungspolitik«⁴ und eines vernunftbasierten Dialogs zwischen Ost und West aufwarfen. Mit der polnischen Krise zu Beginn der achtziger Jahre rücken drittens die Ideen der Freiheit und der Selbstbestimmung ins Zentrum der Betrachtung. Für die Bonner Regierung stellte sich mithin die Frage, wie das politische Konzept eines Dreiklangs aus Deutschland-, Europa- und Entspannungspolitik gewahrt und umgesetzt werden konnte. Da bundesdeutsche Außenpolitik nur in ihrer Eingebundenheit in die westeuropäische Gemeinschaft begriffen werden kann, wird zudem die Zusammenarbeit mit den beiden wichtigsten europäischen Bündnispartnern, Frankreich und Großbritannien, in die quellengestützte Analyse einbezogen.

Der Untersuchungszeitraum endet somit, nicht zuletzt auch aus Gründen des Quellenzugangs, mit dem Regierungswechsel von 1982/83. In den Jahren nach der »Wende« wurden mit dem Machtantritt Gorbatschows, der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) und dem Abschluss des INF-Vertrags 1987 die Weichen des internationalen Systems schließlich wieder auf Entspannung gestellt. Dieser Zeitraum soll – auch mit Blick auf

4 Zum Paradigma der »realistischen Entspannungspolitik« vgl. beispielsweise Hans-Dietrich Genscher: Deutsche Außenpolitik, Bonn 1977, S. 20.

die Frage nach Kontinuität und Wandel bundesdeutscher Außenpolitik – in Form eines fundierten Ausblicks den Abschluss des Dissertationsprojekts bilden.

Die genannten Krisensituationen werden systematisch anhand der gouvernementalen, der parlamentarischen und der medialen Ebene analysiert. Das alles verbindende Element bildet dabei die Person Hans-Dietrich Genschers.

Auf Regierungsebene stellt sich zunächst die Frage, wie der Bundesaußenminister in den Konfliktsituationen reagierte, die die Divergenz zwischen seinem politischen Konzept und der realpolitischen Lage offen zutage treten ließ. Mit welchen Argumenten versuchte er seine Strategie und sein Vorgehen im politischen Diskurs zu begründen und inwieweit war er damit erfolgreich? Welche Methoden der Konsensfindung setzte er innerhalb des westlichen Lagers ein – gab er multilateralen Konsultationen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) und der NATO den Vorzug vor bilateralen Gesprächen? Konnte er aktiv auf die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung des Westens einwirken und wie positionierte er sich gegenüber den Staaten des Ostblocks?

Auf parlamentarischer Ebene rücken die parteipolitische Debatte und die Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Opposition in den Vordergrund. Wie versuchte der Außenminister und F.D.P.-Vorsitzende Genscher den Bundestag von seinem außenpolitischen Konzept zu überzeugen? Gelang es Genscher, die Entspannungspolitik inhaltlich als genuin liberales Politikfeld für die F.D.P. zu besetzen oder führte er lediglich die von den Sozialdemokraten geprägte Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt fort? Kam es hier zu Differenzen mit dem Kanzleramt und den beiden von der SPD besetzten Bundesministerien für Verteidigung bzw. innerdeutsche Beziehungen?

Die mediale Ebene untersucht schließlich, inwiefern die Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amtes und diejenige der F.D.P. ineinander griffen und welche Rolle den Medien in der Politik Genschers zukam. Mit der bald sprichwörtlichen Omnipräsenz des Außenministers in Presse und Fernsehen ist die Ära Genscher prädestiniert dafür, die mediale Vermittlung bundesdeutscher Politik in den Blick zu nehmen.

2. Stand der Forschung und methodische Probleme

Die genuin geschichtswissenschaftliche Forschung zur deutschen Außenpolitik der 1970er und 1980er Jahre befindet sich – nicht zuletzt aus Gründen des Quellenzugangs – noch in den Anfängen. Historiographischen und politologischen Gesamtdarstellungen wie beispielsweise derjenigen Gregor Schöllgens,

Ulrich Lappenküppers oder Helga Haftendorns ist gemein,⁵ dass die Rolle des Bundeskanzlers im Zentrum steht, während Auswärtiges Amt und Außenminister in der »Kanzlerdemokratie« nur am Rande behandelt werden.⁶ Beiträge zum außenpolitischen Wirken Hans-Dietrich Genschers beschränken sich auf wenige – meist politologische – Aufsätze und behandeln vorrangig seine Rolle bei der deutschen Wiedervereinigung. Eine Ausnahme hiervon bildet der von Hans-Dieter Lucas herausgegebene Sammelband »Genscher, Deutschland und Europa«, der einen breiten Überblick über die Tätigkeitsfelder des liberalen Politikers bietet.⁷

Mit Blick auf den Niedergang der Entspannungspolitik und die hier zu untersuchenden Fallbeispiele bietet die Forschung ein ambivalentes Bild. Diverse Gesamtdarstellungen zur Geschichte des Kalten Krieges konzentrieren sich meist darauf, welchen Anteil der KSZE-Prozess, der NATO-Doppelbeschluss, der sowjetische Einmarsch in Afghanistan sowie die Polen-Krise für den Zusammenbruch des Ostblocks 1989/91 hatten.⁸ Darüber hinaus widmen sich nicht nur einige neuere Sammelbände dem KSZE-Prozess,⁹ sondern auch ein 2008 begonnenes Projekt des Instituts für Zeitgeschichte (München – Berlin) in Zusammenarbeit mit den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Paris-Sorbonne, das west- wie osteuropäische Staaten untersucht und dessen

- 5 Vgl. Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, München 2004; Ulrich Lappenküper: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1990, München 2008; Helga Haftendorn: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000, Stuttgart/München 2001. Nach wie vor ertragreich sind die Arbeiten von Klaus Hildebrand: Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1982, Bonn 1991; Andreas Hillgruber: Deutsche Geschichte 1945-1986. Die »deutsche Frage« in der Weltpolitik, Stuttgart u.a. 1995; Werner Link: Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt 1974-1982. In: Ders./Wolfgang Jäger (Hrsg.): Republik im Wandel 1974-1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart u.a. 1987, S.273-432.
- 6 Bezeichnend hierfür ist die Arbeit von Stefan Fröhlich: »Auf den Kanzler kommt es an«. Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung, Paderborn 2001.
- 7 Hans-Dieter Lucas: Genscher, Deutschland und Europa, Baden-Baden 2002.
- 8 So sieht beispielsweise Tony Judt (Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, Frankfurt/Main 2009) in der polnischen Krise 1980/81 den Anfang vom Ende des kommunistischen Regimes in Osteuropa. Darüber hinaus sind unter den inzwischen unzähligen Gesamtdarstellungen zur Geschichte des Kalten Krieges folgende Arbeiten hervorzuheben, die je nach Ansatz die nationale, europäische bzw. weltpolitische Ebene fokussieren: Bernd Stöver: Der Kalte Krieg (1947-1991). Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007; Mary Fulbrook: Europe since 1945, Oxford 2001; Georges-Henri Soutou: La guerre de cinquante ans. Le conflit Est-Ouest 1943-1990, Paris 2001; Eric J. Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1999; Franz Knipping: Die Welt im Kalten Krieg (1945-1990), Paderborn u.a. 2006.
- 9 Vgl. beispielsweise Gottfried Niedhardt/Oliver Bange (Hrsg.): Helsinki 1975 and the transformation of Europe, New York 2008; Leopoldo Nuti (Hrsg.): The crisis of détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev. 1975-1985, London/New York 2009. Politologische Arbeiten zeichnen den KSZE-Prozess häufig über den gesamten Zeitraum von 1975 bis 1990 chronologisch nach, vgl. Wilfried Loth: 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998; Peter, Schlotter: Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution, Frankfurt/Main 1999.

Ergebnisse mit Spannung erwartet werden dürfen.¹⁰ Arbeiten zur Geschichte des NATO-Doppelbeschlusses¹¹ und zur Afghanistan-Krise¹² blieben bislang häufig auf die Ebene der Supermächte beschränkt oder widmeten sich der Rolle der Friedensbewegungen.¹³ Nach diversen politologischen Analysen¹⁴ wurde nun ein historiographisches Forschungsprojekt vom DHI Washington initiiert, das gemeinsam mit dem Institut für Zeitgeschichte (München – Berlin) und dem Heidelberg Center for American Studies die sicherheitspolitischen Debatten und die Rolle der Friedensbewegungen aus westlicher und östlicher Perspektive untersucht.¹⁵ Darüber hinaus muss ein jüngst von Philipp Gassert, Tim Geiger und Hermann Wentker herausgegebener Sammelband Erwähnung finden, der die Nachrüstungskontroverse und Friedensbewegung aus deutsch-deutscher sowie internationaler Perspektive analysiert und wichtige Impulse für künftige Projekte liefert.¹⁶ Auch die Forschung zur polnischen Krise Anfang der 1980er Jahre beschäftigte sich zunächst mit der

- 10 Eine Beschreibung des Projekts findet sich unter http://www.ifz-muenchen.de/der_ksze_prozess.html.
- 11 Für den NATO-Doppelbeschluss auf Ebene der Supermächte vgl. Gerhard Wettig, Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979-1983. In: VfZ 57 (2009), S.217-259; Wolfgang Pfeiler, Sowjetisch-amerikanische und sowjetisch-deutsche Beziehungen. Rahmenbedingungen für den NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979. In: Wolfgang-Uwe Friedrich (Hrsg.): Germany and America, Oxford/New York 2001, S.240-246.
- 12 Arbeiten zur Afghanistan-Krise erschöpfen sich zudem meist in der Frage nach dem offensiven oder defensiven Charakter der Moskauer Intervention. Vgl. dazu David N. Gibbs: Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979. In: Bernd Greiner (Hrsg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg, Hamburg 2006, S.291-314; Pierre Allan/Dieter Kläy: Zwischen Bürokratie und Ideologie. Entscheidungsprozesse in Moskaus Afghanistankrieg, Bern 1998; Helmut Hubel: Das Ende des Kalten Krieges im Orient. Die USA, die Sowjetunion und die Konflikte in Afghanistan, am Golf und im Nahen Osten 1979-1991, München 1995; Milan Hauner: The Soviet war in Afghanistan. Patterns of Russian imperialism, Philadelphia 1991.
- 13 Vgl. Beatrice Heuser: The Soviet response to the euromissiles crisis. In: Nuti, The crisis of détente in Europe, S.137-149; Wolfgang Pfeiler: Sowjetisch-amerikanische und sowjetisch-deutsche Beziehungen. Rahmenbedingungen für den NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979. In: Wolfgang-Uwe Friedrich (Hrsg.): Germany and America, Oxford/New York 2001, S.240-246; Die Rolle der Friedensbewegungen wird in meinem Dissertationsprojekt ausdrücklich nicht untersucht. Vgl. dazu beispielsweise Holger Nehring/Benjamin Ziemann: Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik. In: VfZ 59 (2011), S.81-100; Jürgen Mahrun/Manfred Wilke (Hrsg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS 20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001.
- 14 Vgl. beispielhaft die Arbeiten von Thomas Risse-Kappen: Die Krise der Sicherheitspolitik. Neuorientierung und Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland 1977-1984, München 1988; Ders.: Null-Lösung. Entscheidungsprozesse zu den Mittelstreckenwaffen 1970-1987, Frankfurt am Main/New York 1988.
- 15 Eine Beschreibung des Projekts findet sich unter <http://www.nuclearcrisis.org>.
- 16 Vgl. Philipp Gassert/ Tim Geiger/ Hermann Wentker (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011. Hier findet sich auch ein Überblick über die bisherige Forschung zum NATO-Doppelbeschluss. Dabei werden vier Deutungsansätze unterschieden: die Denkschule des sicherheitspolitischen Konsenses, diejenige des entspannungspolitischen Revisionismus, diejenige der gesellschaftlichen Synthese und der internationalisti-

Rolle der Supermächte. Ergänzt wird diese seit einigen Jahren durch Arbeiten zur Rolle der Solidarność und deren Unterstützung durch Bonn.¹⁷ Positiv hervorzuheben ist hierbei eine Arbeit von Helene Sjursen, die den Verlauf der polnischen Krise im Kontext des Ost-West-Konflikts analysiert und zudem die jeweilige Haltung der westeuropäischen Staaten, insbesondere diejenige der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Großbritanniens in den Blick nimmt.¹⁸

Die bisherige Forschung ist somit vor allem dadurch gekennzeichnet und begrenzt, dass sie die genannten Krisen voneinander getrennt untersucht und einen Schwerpunkt auf die Ebene der Supermächte setzt. Arbeiten, die der Integration der bundesdeutschen Außenpolitik in die westeuropäische Gemeinschaft Rechnung tragen, fehlen ebenso wie solche, die die Entwicklung hin zur »neuen Eiszeit« zwischen Ost und West behandeln. Hier setzt der Beitrag an, der die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im Wandel des internationalen Systems seit Mitte der 1970er Jahre analysiert. Mit der Beachtung der spezifisch europäischen Dimension Bonner Außenpolitik, der Schwerpunktsetzung auf die Rolle des Auswärtigen Amtes und die Person Hans-Dietrich Genschers will die Arbeit die bisherige Forschung gewinnbringend ergänzen.

Dabei gilt es, methodische Problemstellungen angemessen zu berücksichtigen. In politologischen Theorien zu den Internationalen Beziehungen haben neorealistische Ansätze nach wie vor großen Einfluss. So vermag der Neorealismus, der die relative Stabilität des Kalten Krieges auf das Mächtegleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt zurückführt, zu erklären, welche Bedeutung den Nuklearwaffen und dem Rüstungswettlauf zwischen den Blöcken für das jeweilige sicherheitspolitische Konzept zukam.¹⁹ Damit kann einerseits das Bemühen Bonns um Stabilität und die Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen westlichen Bündnisses in seiner transatlantischen und westeuropäischen Dimension begründet werden. Andererseits zeichnen realisti-

sche Ansatz, vgl. Gassert/Geiger/Wentker: Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Einleitende Überlegungen zum historischen Ort des NATO-Doppelbeschlusses. In: Ebenda, S.7-29.

17 Albrecht Riechers: Hilfe für Solidarność. Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980-1982, Bonn 2006; Andrzej Stach: »Solidarność? Nein, danke...«: Die Einstellung zu Solidarność in beiden deutschen Staaten vor 1989. In: Izabela Surynt (Hrsg.): Die Wende. Die politische Wende 1989/90 im öffentlichen Diskurs Mittel- und Osteuropas, Hamburg 2007, S.74-85; Hartmut Kühn: Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980-1990, Berlin 1999; Andrej Friszke: Das Zeitalter der Solidarność 1980-1989. In: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): Länderbericht Polen, Bonn 2009, S.107-120.

18 Helene Sjursen: The United States, Western Europe and the Polish Crises, Basingstoke 2003.

19 Vgl. dazu grundlegend Kenneth N. Waltz: Theory of International Politics, New York 1979; John L. Gaddis: The long Peace. Elements of Stability in the Postwar International System. In: International Security 10/4 (1986), S.99-142; John J. Mearsheimer: Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War. In: International Security 15/1 (1990), S.5-56.

sche Analysen ein relativ statisches Bild des Ost-West-Konflikts. Den Niedergang der Entspannungspolitik und den damit einhergehenden Wandel des internationalen Systems können sie allein nicht ausreichend erklären. Entsprechende heuristische Angebote bieten konstruktivistische Ansätze, die den Kalten Krieg als systempolitische Auseinandersetzung zwischen den von den USA geführten kapitalistisch-demokratischen Staaten und den von der UdSSR beherrschten sozialistisch-autoritären Staaten begreifen.²⁰ Damit tritt die Bedeutung von Normen, Ideen und gegenseitigen Wahrnehmungen in den Vordergrund, die – vermittelt durch das Individuum als Akteur und die Sprache als Kommunikationsmittel – die internationale Politik beeinflussen. Der Konstruktivismus macht es somit nicht nur möglich, den prozeduralen Verfall der Entspannungspolitik zu erklären, sondern ist zugleich prädestiniert dafür, die spezifische Rolle Hans-Dietrich Genschers, seine innen-, außen- und medienpolitischen Kommunikationsmechanismen sowie die Tragweite *liberaler* Außenpolitik herauszuarbeiten.

Als Quellengrundlage dienen neben publizierten Quellen bundesdeutsche, britische und französische Archivalien. In Deutschland werden die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (Berlin) und diejenigen des Bundesarchivs Koblenz ergänzt durch die Überlieferungen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages, parteipolitische Provenienzen sowie Nachlässe und Deposita wichtiger Akteure, so nicht zuletzt das Depositum Genscher.²¹ Die bundesdeutsche Archivarbeit wird auf britischer Seite abgerundet durch Recherchen in den National Archives (Kew/London) sowie auf französischer Seite in den Archives du Ministère des affaires étrangères et européennes (La Courneuve/Paris) und den Archives nationales (Paris).²²

3. *Erste Befunde und offene Fragen*

Die nachfolgend dargestellten Thesen können selbstredend nur vorläufigen Charakter haben und werden im Zuge der weiteren Quellenarbeit überprüft und präzisiert. Aufgrund des derzeitigen Auswertungsstandes und aus Grün-

20 Vgl. dazu grundlegend Alexander Wendt: *Social Theory of International Politics*, Cambridge 2006. Einen Überblick über die Ausdifferenzierung der konstruktivistischen Theorie findet sich in Cornelia Ulbert/Christoph Weller (Hrsg.): *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*, Wiesbaden 2005.

21 Neben staatlichen Provenienzen wie den Akten des Auswärtigen Amtes, des Bundeskanzleramts, des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und dem Deutschen Bundestag sowie der Aktenüberlieferung von F.D.P., SPD und CDU/CSU werden Nachlässe wichtiger Akteure ausgewertet: Depositum Hans-Dietrich Genscher, Nachlass Wolfgang Mischnick, Depositum Hildegard Hamm-Brücher, Helmut-Schmidt-Archiv, Willy-Brandt-Archiv, Depositum Egon Bahr, Depositum Günter Verheugen, Nachlass Hans-Jürgen Wischniewski, Nachlass Alfred Dregger, Nachlass Werner Marx, Nachlass Alois Mertes, Nachlass Karl Carstens.

22 Depositum Valéry Giscard d'Estaing, Depositum François Mitterrand.

den der Komplexität werden sich die im Folgenden skizzierten Thesen auf die Regierungsebene beschränken.

In der KSZE-Nachfolgekonzferenz von Belgrad, die Anfang Oktober 1977 eröffnet wurde, trat die Divergenz zwischen Genschers außenpolitischer Agenda und der realpolitischen Lage erstmals offen zu Tage. Das Treffen, in dessen Verlauf einerseits die bisher erreichte Implementierung der Schlussakte diskutiert und andererseits weitergehende Vereinbarungen geschlossen werden sollten, geriet je länger desto unerbittlicher zu einer ideologischen Auseinandersetzung um die Frage der Menschenrechte. Diese Verengung auf das für die Staaten des Warschauer Paktes so sensible Thema brachte letztere nahezu zwangsläufig in die Defensive. Die sozialistischen Staaten protestierten daher gegen das tribunalartige Vorgehen des Westens und blockierten jede weitergehende Initiative mit dem Kardinalargument der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Der Westen trat mit seinen offensiven Forderungen keineswegs geschlossen auf. Insbesondere die amerikanische Delegation unter Leitung Goldbergs drängte auf eine Grundsatzdiskussion um das im I. Korb der Schlussakte verankerte VII. Prinzip, die Wahrung der Menschenrechte. Die Bundesregierung dagegen plädierte von Anfang an für eine ausgewogene Behandlung aller drei Körbe und für weitere konkrete Vereinbarungen im Bereich der »menschlichen Kontakte« und des Informationsaustausches zwischen den Gesellschaften Ost- und Westeuropas. Außenminister Genscher geriet so in ein Dilemma: Einerseits stand der Einsatz für die Einhaltung der Menschenrechte als genuin liberaler Grundwert für ihn ebenso wenig zur Diskussion wie die Solidarität mit dem wichtigsten bundesdeutschen Verbündeten, den USA. Andererseits hatte die sozial-liberale Bundesregierung ein elementares Interesse an der Fortführung des Entspannungsdialogs mit Osteuropa und nicht zuletzt mit der DDR. Durch enge Konsultationen mit den westeuropäischen Verbündeten, insbesondere Frankreich und Großbritannien, suchte Genscher daher im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) ein einheitliches und konstruktives Vorgehen des Westens zu erreichen. Durch maßvolle Vorschläge der Neun sollte der bundesdeutsche Einfluss auf die kompromisslose amerikanische Position vergrößert und zugleich der Sowjetunion eine gesichtswahrende Fortführung der Verhandlungen ermöglicht werden.²³ Konterkariert wurde dieses gemeinschaftliche Handeln der Europäer zeitweise durch eigenwillige Aktionen Frankreichs.²⁴ Inwieweit sich diese »französische[n] Extratouren« durch die

23 Vgl. Fernschreiben aus Belgrad (KSZE-Delegation) an das AA vom 22.03.1978, betr.: KSZE-Folgetreffen, hier: allgemeiner Erfahrungsbericht, in: PA-AA, B 28, Ref. 212 (Zwischenarchiv), Bd. 116385, S.1-25.

24 Als imponantes Beispiel hierfür sei der eigenständige französische Vorschlag für eine gesamteuropäische Abrüstungskonferenz genannt, vgl. Fernschreiben aus Belgrad (KSZE-Delegation) an das AA vom 03.02.1978, betr.: KSZE-Folgetreffen, hier: Plenarsitzung vom 03.02., in: PA-AA, B 28, Ref. 212 (Zwischenarchiv), Bd. 116358, S.1-3.

»Exzentrizität [des] französischen Del[egations]chefs« oder den »traditionellen französischen Geschmack an Alleingängen« erklären lassen²⁵ und welche Rolle Großbritannien innerhalb der EPZ einnahm, soll mit Hilfe der noch auszuwertenden Archivalien in London und Paris geklärt werden.

Parallel zu den Verhandlungen in Belgrad verschärfte sich die sicherheitspolitische Diskussion innerhalb der NATO, die bereits 1974 begonnen hatte.²⁶ Die Sorge um eine Verschiebung des Mächtegleichgewichts zugunsten des Warschauer Pakts führte zu der Überzeugung, dass der Westen sein Mittelstreckenpotential modernisieren müsse. Durch die Rede Helmut Schmidts vor dem International Institute for Strategic Studies (IISS) am 28. Oktober 1977 in London, die rückblickend zum Manifest westlicher Standhaftigkeit und »klug inszenierten Paukenschlag« verklärt wurde²⁷, trat diese bislang NATO-intern geführte Debatte ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Mit dem »Neutronenbombenfiasko« und den Differenzen in Belgrad über die Frage der Menschenrechte wurde die weitere Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen zudem für alle sichtbar.²⁸ Die sich zuspitzende Kontroverse um den späteren NATO-Doppelbeschluss wirkte sich nicht nur negativ auf die Ost-West-Beziehungen aus, sondern geriet auch zu einer Auseinandersetzung um die Kohärenz und Handlungsfähigkeit der Nordatlantischen Allianz. Die bundesdeutsche, auf dem Harmel-Bericht von 1967 fußende Politik der Sicherheit *und* Entspannung geriet je länger desto mehr ins Kreuzfeuer der Kritik. Genscher bezog in unzähligen bilateralen Gesprächen mit den westlichen Verbündeten einerseits und der Sowjetunion andererseits klar Stellung für den Nachrüstungsbeschluss und versuchte zugleich den rüstungskontrollpolitischen Aspekt stark zu machen. In der sich verschärfenden, zunehmend auch öffentlich ausgetragenen sicherheitspolitischen Kontroverse kristallisierte sich eine Schlüsselfrage heraus – die Frage, wie die militärische und ideologische Bedrohung durch die Sowjetunion einzuschätzen sei. Neben den Systemzwängen des Kalten Krieges, denen die bundesdeutsche Politik zweifelsohne auch beim NATO-Doppelbeschluss unterlag, muss daher die wahrnehmungsgeschichtliche Dimension berücksichtigt werden. Letztere verweist auf die unterschiedliche weltanschauliche Positionierung der einzelnen Akteure und ihre Vorstellungen von der Zukunft, welche

25 Fernschreiben aus Belgrad (KSZE-Delegation) an das AA vom 10.03.1978, betr.: KSZE-Folgetreffen, hier: vorläufige Gesamtbewertung, in: PA-AA, B 38, Ref. 210 (Zwischenarchiv), Bd. 115108, S.1-5, hier: S.4.

26 Vgl. zur Entscheidungsfindung innerhalb der NATO Lothar Rühl: Mittelstreckenwaffen in Europa. Ihre Bedeutung in Strategie, Rüstungskontrolle und Bündnispolitik, Baden-Baden 1987.

27 Vgl. dazu Tim Geiger: Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss. In: Gassert/Geiger/Wentker (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung (wie Anm. 16), S.95-122, hier: S.98.

28 Vgl. Klaus Wiegrefe: Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 2005, hier v.a. S.180-205.

die Diskussion über den Regierungswechsel von 1982 hinaus bis zum Stationierungsentscheid der NATO im Jahr 1983 prägten.²⁹ Während die US-Administration unter Carter wie unter Reagan den expansiven Charakter sowjetischer Außenpolitik betonte, versuchte Genscher, die Bedeutung konstruktiver Kommunikation mit Moskau für eine zielführende Entspannungspolitik deutlich zu machen.³⁰

Ihre Fortsetzung und weitere Zuspitzung fand die Debatte mit der sowjetischen Invasion in Afghanistan Ende Dezember 1979. Musste dieses Vorgehen Moskaus als Beleg für die grundsätzlich offensive, auf die Weltrevolution des Kommunismus zielende sowjetische Außenpolitik gewertet werden, oder betrieb der Kreml hier eine Politik der defensiven Herrschaftssicherung? Mehr denn je stellte sich damit die Frage, ob ein kommunistisches Regime überhaupt zu einer vernunftbasierten Politik fähig sei und ob die Entspannungspolitik Genschers noch immer als »realistisch« bezeichnet werden konnte.³¹ Im Vorfeld der Intervention war deutlich geworden, wie unsicher die westlichen Verbündeten in der Beurteilung der militärischen Präsenz in Afghanistan waren. So erhielt Bonn noch am 18. Dezember 1979 die wenig aufschlussreiche Nachricht aus Washington, man gehe zwar davon aus, dass Moskau sich aus den innerafghanischen Machtkämpfen heraushalten werde, es könne jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass hier ein »sowjetisches Vietnam« entstehe – es gelte abzuwarten.³² Als dann Ende Dezember tatsächlich der Einmarsch der Roten Armee begann, fühlte sich Washington – ähnlich wie die CDU/CSU-Opposition – in ihrer grundlegenden Bedrohungswahrnehmung bestärkt und plädierte für umfassende Sanktionsmaßnahmen sowie den sofortigen Rückzug der sowjetischen Truppen. Für letzteres sprach sich auch die Bundesregierung aus, lehnte aber eine Politik der Bestrafung ab

- 29 Zur unterschiedlichen Krisenwahrnehmung in der Regierung Kohl/Genscher vgl. Andreas Rödter: Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik. Die Regierung Kohl-Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik. In: Gassert/Geiger/Wentker (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung (wie Anm. 16), S.123-136; Zur Krisenwahrnehmung der bundesdeutschen Gesellschaft im Umfeld des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Philipp Gassert: Viel Lärm um nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik. In: Ebenda, S.175-202. Einen grundlegenden Einblick in den gesellschaftlichen und mentalitätsgeschichtlichen Hintergrund der 1970er und 1980er Jahre bieten Thomas Raithe/Andreas Rödter/Andreas Wirsching (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009, und Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2010.
- 30 Vgl. Rede Genschers vor dem Deutschen Bundestag vom 17.01.1980. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, hrsg. vom Deutschen Bundestag, 8. Wahlperiode, 196. Sitzung, Bd.113, Bonn 1980, S.15593C-15600C.
- 31 Vgl. Dieter Bingen: Realistische Entspannungspolitik. Der mühsame Dialog mit dem Osten – die Bundesrepublik Deutschland und ihre östlichen Nachbarn (1974-1982). In: Lucas, Genscher (wie Anm.6), S.155-184.
- 32 Vgl. Schreiben des Brigadegenerals von Ondarza, Washington, an das AA vom 18.12.1979, betr.: Sowjetische Präsenz in Afghanistan, Dok. 384. In: AAPD (1979), S.1933-1935.

und warb stattdessen für ein blockfreies, neutrales Afghanistan. Mit dem Argument, das afghanische Volk müsse sein Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung wahrnehmen dürfen und dem Vorwurf, Moskau habe gegen das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten verstoßen, forderte Genscher von Breshnew implizit die Einhaltung der KSZE-Schlussakte.³³ Darüber hinaus machte er unmissverständlich deutlich, dass der Politik der Entspannung schwerer Schaden zugefügt worden sei und sie einen weiteren Rückschlag wie Afghanistan nicht überstehen werde. Mit dieser konfliktretardierenden Formel bot er Moskau die Hand für die Aufrechterhaltung des Dialogs trotz aller Irritationen und zog damit zugleich die Kritik der Union auf sich, die sich für einen engen Schulterschluss mit den USA und ein hartes, kompromissloses Vorgehen gegenüber der Sowjetunion aussprach.³⁴

Die weiteren Archivrecherchen werden zum einen darüber Auskunft geben, wie die Koordination der Europäer in dieser sicherheitspolitischen Doppelkrise funktionierte und zum anderen der Frage nachgehen, ob man innerhalb der Bundesregierung, des Auswärtigen Amtes und der F.D.P. uneingeschränkt vom bisherigen Kurs der »realistischen Entspannungspolitik« überzeugt blieb, oder ob Zweifel an der eigenen außenpolitischen Strategie aufkamen und – trotz der nach außen demonstrierten Kontinuität – ein partielles Umdenken stattfand.

Nach Belgrad und Afghanistan standen in der polnischen Krise erneut genuin liberale Werte im Fokus außenpolitischen Handelns. Als hier 1980 Unruhen ausbrachen, bestand nach den Erfahrungen der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre innerhalb der EPZ Einigkeit, dass Moskau im Zweifelsfall militärisch eingreifen würde, falls das sozialistische Polen gefährdet sei.³⁵ So dürfte die Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 für den Westen kaum überraschend gewesen sein – ein abschließendes Urteil hierüber ist jedoch beim derzeitigen Stand der Arbeit noch nicht möglich. Wie schon in der Afghanistan-Krise vermied es die Bundesregierung, von einem Ende der Détente zu sprechen. Vielmehr sollte der zuvor an Moskau gerichtete Vorwurf der Einmischung in innere Angelegenheiten nun nicht auf die Bundesrepublik zurückfallen und den Konflikt damit verschärfen. Insofern war es konsequent, wenn Bonn in Form wirtschaftlicher Hilfsleistungen an Polen Stabilitätspoli-

33 Vgl. Heinz Timmermann: Die USA, Westeuropa und die Dritte Welt. Aspekte des Antwortverhaltens auf die sowjetische Intervention in Afghanistan. In: Heinrich Vogel (Hrsg.): Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise, Baden-Baden 1980, S.299-317.

34 Vgl. hierzu beispielsweise die Rede Helmut Kohls in der 203. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 28.02.1980. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, hrsg. vom Deutschen Bundestag, 8. Wahlperiode, Bd.114, Bonn 1980, S.16175A-16183D.

35 Vgl. Schreiben des VLR I Kühn an das AA, betr.: Sitzung der EPZ-Expertengruppe Osteuropa in London am 20./21.01.1977, in: PA-AA, B 38, Ref. 210 (Zwischenarchiv), Bd. 115118, Anlage: The situation of Poland and relations with the URSS, S.1-4, hier: S.4.

tik betrieb.³⁶ Für die CDU/CSU-Opposition war dies freilich ein willkommener Anlass zur Kritik: Die Bundesregierung trage bewusst zur Konsolidierung des kommunistischen Regimes bei und unterminiere die legitimen Forderungen der Opposition nach Freiheit und Selbstbestimmung.³⁷ Ob man mit Helene Sjursen soweit gehen kann zu sagen, die Bundesregierung habe damit der langfristig anvisierten Einheit des deutschen Volkes Priorität vor der Freiheit des polnischen Volkes eingeräumt,³⁸ muss der weiteren Quellenauswertung vorbehalten bleiben. Gleiches gilt für die tiefere Analyse der britischen und französischen Haltung. Es zeichnet sich indes bereits ab, dass Genscher durch die polnische Krise einmal mehr in ein Dilemma zwischen normativem und realpolitischem Handeln geriet. Auch wird die Strategie ersichtlich, mit der er dieser Zwangslage zu entkommen suchte: wie bisher war für ihn das Mittel der Wahl, durch zahlreiche Gespräche die Kommunikation zwischen den Blöcken aufrechtzuerhalten. Seinen augenfälligsten Ausdruck fand dies in seinem Bemühen, die KSZE-Nachfolgekonzferenz von Madrid, die wegen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 unterbrochen worden war, um jeden Preis weiterzuführen.³⁹ Wenig überraschend handelte er sich damit erneut den Vorwurf ein, der Bundesaußenminister stelle sich nicht klar auf die Seite der Verbündeten, sondern gefährde durch sein tendenziell neutralistisches Hin- und Herpendeln zwischen Ost und West die vitalen Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Kritik, die insbesondere in den 80er Jahren unter dem Etikett des »Genscherismus« Hochkonjunktur hatte, formulierte Alfred Mechttersheimer, ehemaliges CSU-Mitglied und in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss als Friedensaktivist in Erscheinung getreten, folgendermaßen: »Hans-Dietrich Genscher vertritt häufig [...] sich gegenseitig ausschließende Positionen. Genscher bleibt auch dann glaubwürdig, wenn er sich sowohl für A als auch für B ausspricht, selbst dann, wenn sich A und B ausschließen. Weil er aber fast nie gegen, sondern stets für eine Position spricht, findet sich jeder wieder, und keiner kritisiert. Darin liegt wohl das Geheimnis des ‚Genscherismus‘.«⁴⁰ Hinzu trat spätestens seit dem Regierungswechsel von 1982

36 Vgl. Sjursen: *The United States* (wie Anm. 18), hier v.a. S.107-118.

37 Vgl. 74. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 18.12.1981. In: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte*, hrsg. vom Deutschen Bundestag, 9. Wahlperiode, Bd.120, Bonn 1981, S.4289A-4309A, sowie Nina Dombrowski: *Solidarität mit Solidarność? Politische Reaktionen aus der Bundesrepublik auf die Entstehung der ‚Solidarność‘ und die Ausrufung des Kriegszustandes in der Volksrepublik Polen 1980-1982*. In: *Deutschland-Archiv* 41/1 (2008), S.68-75.

38 Vgl. Sjursen: *The United States* (wie Anm. 18), S.108.

39 Vgl. die Rede Genschers vor dem Deutschen Bundestag vom 10.09.1981. In: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte*, hrsg. vom Deutschen Bundestag, 49. Sitzung, 9. Wahlperiode, Bd.119, Bonn 1981, S. 2761D-2768B.

40 Werner Filmer/ Heribert Schwan: Hans-Dietrich Genscher, Düsseldorf u.a. 1988, S.415; Vgl. zum Begriff des »Genscherismus« auch Emil J. Kirchner: *Genscher and What Lies Behind »Genscherism«*. In: *West European Politics* 13 (1990), S.159-177.

der Vorwurf des kühl berechnenden, allein auf Machterhalt fixierten Taktikers.⁴¹ Im Folgenden soll nun in knapper Form versucht werden, diesen schillernden Begriff zumindest vorläufig systematisch zu erfassen und ihn als die zentrale außenpolitische *Methode* Genschers zu interpretieren, deren Grundlage er nicht erst nach dem Bruch der sozial-liberalen Koalition, sondern bereits in den 70er Jahren entwickelte und die durch das Zusammenspiel von drei Elementen charakterisiert werden kann.

Erstens betrieb Genscher eine zutiefst personalisierte Außenpolitik. Es gelang ihm, sich nach außen und innen als der personifizierte Garant einer kontinuierlichen deutschen und liberalen Friedenspolitik zu stilisieren. Hierbei kam ihm zweifellos die Personalunion der Ämter des Außenministers und des Parteivorsitzenden zugute. Dies wird beispielsweise am Bundestagswahlprogramm der F.D.P. von 1980 deutlich, das inhaltlich einen klaren Schwerpunkt auf die Außen- und Friedenspolitik legt. Das Titelbild zeigt ein Foto von Hans-Dietrich Genscher, das ihn als dynamischen, fleißig arbeitenden und zugleich sympathisch-hemdsärmeligen Politiker stilisiert. Unterlegt und abgerundet wird dieses Bild mit dem zukunftssträchtigen Slogan »Unser Land soll auch morgen liberal sein«.⁴²

Damit eng verbunden ist ein zweites Element des »Genscherismus«: Der Bundesaußenminister erkannte die Bedeutung gezielter Öffentlichkeitsarbeit und verstand es brillant, »alte« wie »neue« Medien für die Vermittlung seiner Politik zu nutzen.⁴³ Neben zahlreiche publizierte Reden-Sammlungen und Namensartikel in Zeitungen und Zeitschriften traten jährliche Versteigerungen politischer Karikaturen. Letztere transportierten neben kritischen Zeichnungen zu einzelnen Politikfeldern häufig positive, sympathische Tugenden Genschers: die Arbeitsdisziplin eines Ministers, der »immer im Dienst« sei und zu jeder Tages- und Nachtzeit die Interessen der Deutschen auf der ganzen Welt vertrete.⁴⁴ Darüber hinaus verstand es Genscher wie kein zweiter, sich das Fernsehen für die Verbreitung seiner Politik zunutze zu machen. Mit

41 Für eine differenzierte Analyse der »Wende« 1982/83 und der diesbezüglichen Rolle Hans-Dietrich Genschers vgl. Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990, München 2006, S.17-106, sowie S.154-171.

42 Vgl. »Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1980 der Freien Demokratischen Partei«, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Freiburg am 07.06.1980, abrufbar unter http://www.freiheit.org/files/288/1980_Bundestagswahlprogramm.pdf (Stand: 14.02.2011, 11.51 Uhr).

43 Zu Genschers Medienpolitik vgl. auch Richard Kiessler: Außenpolitik als »Public Diplomacy«. Hans-Dietrich Genscher und die Medien. In: Lucas: Genscher (wie Anm. 7), S.371-386.

44 Ein beliebtes Motiv für Karikaturen bildete die Darstellung Genschers als »Reiseaußenminister« rund um die Welt, vgl. dazu die Karikaturensammlung von Gabor Benedek: Der Liberalissimus, München 1988; Ein viel zitierter Witz lautete auch: »Zwei Flugzeuge fliegen über den Atlantik. Eines von Europa nach Amerika, das andere von Amerika nach Europa. In beiden sitzt Genscher. Mitten über dem Atlantik stoßen die beiden Flugzeuge zusammen. Einziger Überlebender: Genscher.« In: Julia Nagel (Hrsg.): Hans-Dietrich Genscher. Diagnose: Schlitzohr mit Herz, Bonn 1990, S.42.

seinem gelben Pullunder als Markenzeichen pendelte er durch politische Talkrunden und diverse Unterhaltssendungen. Im Fernsehen wurde Genscher so zu einem visuellen Phänomen – was nicht bei allen zu uneingeschränkter Freude führte: »Täglich flimmert sein breitflächiges Konterfei über die Mattscheibe. Zu so gut wie jedem Thema äußert er sich in quälender Weitschweifigkeit und mit glatter Zuversicht«. ⁴⁵

Hinzu kommt drittens das große diplomatische Geschick Genschers, das sich in zahlreichen Vermittlungsversuchen und -erfolgen niederschlägt. Hierbei besaß Genscher ein hohes Maß an Empathie: er war in der Lage, sich in seine Verhandlungspartner hineinzuversetzen und erkannte, dass echte Kooperation und Kommunikation nur möglich sei, wenn man auch dem jeweils anderen legitime Interessen zugestand. ⁴⁶ Dies zeigte sich einmal mehr in den hier zu behandelnden Krisensituationen: So verurteilte er beispielsweise den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ebenso unzweideutig wie die Verhängung des Kriegsrechts in Polen, warb jedoch zugleich, auch öffentlich, um Verständnis für die Sicherheitsinteressen Moskaus. ⁴⁷ Sein Mittel der Wahl als »Kommunikator« zwischen den Welten war dabei der Multilateralismus: gegenüber den Europäern im Rahmen der EPZ, gegenüber den USA im Rahmen der NATO und gegenüber dem Osten im Rahmen der KSZE. Als personifizierte Dialogbereitschaft und mit seiner hartnäckigen Suche nach größtmöglichem Konsens bildete er für alle Beteiligten nahezu jederzeit einen potentiellen, wenn auch nicht immer zwingend erforderlichen Ansprechpartner. Diesen optimistischen Glauben an die Überzeugungskraft rationaler Argumente koppelte er an eine versatzstückartige Sprache, mit der er die Inhalte seiner Politik einem Baukastensystem gleich immer wieder neu zusammensetzte. Die grundlegende Architektur seiner Außenpolitik mit dem Ziel der »europäischen Friedenssicherung« blieb dabei erhalten und vermittelte Kontinuität. Genschers Politikverständnis kann damit abschließend auf die Formel gebracht werden: durch Kommunikation zum Konsens, durch Konsens zum Frieden.

45 Jürgen Leinemann: Macht. Psychogramme von Politikern, Frankfurt 1983, S.149.

46 Vgl. Hans-Dieter Heumann: Genscher, ein »liberaler« Außenpolitiker?. In: Lucas, Genscher (wie Anm. 7), S.413–432, und Wirsching: Hans-Dietrich Genscher (wie Anm. 3).

47 Vgl. Rede Genschers vor dem Deutschen Bundestag vom 10.09.1981. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, hrsg. vom Deutschen Bundestag, 9. Wahlperiode, 49. Sitzung, Bd.119, Bonn 1981, S. 2761D–2768B, hier v.a. S.2767B–2767C.